Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 204. Abendblatt. Donnerstag, den 2. Mai. 1867.

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. Se. Majestät der König begab sich heut Morgens 9 Uhr, begleitet von dem Flügel-Adjutanten Major Grafen Lehndorf, nach dem Exerzierhause des 2. Garde-Regiments zu Fuß in der Karlsstraße, hielt darin eine Truppenbesichtigung ab und nahm, ins Palais zurückgekehrt, Meldungen, die Monats-Rapporte und die regelmäßigen Vorträge entgegen und ertheilte alsdann Audienz.

— Ihre Maj. die Königin hatte auf der Fahrt nach Koblenz unterwegs Zusammenkunft mit Sr. K. Hoh. dem Großherzog zu Sachsen, so wie mit Sr. K. Hoh. dem Großherzog von Oldenburg. J. Maj. reiste gestern von Koblenz über Mannheim und Karlsruhe nach Baden-Baden.

— Einer der bedeutendsten englischen Industriellen, der seit Jahren großartige Lieferungen für die amerikanische und englische Armee gemacht, ist hier eingetroffen und beabsichtigt, dem Königl. Kriegsministerium Anerbietungen zur Anfertigung von Militär-Ausrüstungsstücken jeder Art zu machen; auch soll er bereit sein, zu diesem Zwecke Fabriken in großem Maßstabe hier anzulegen.

— Die in England im Bau begriffene Panzerfregatte „Kronprinz" wird voraussichtlich am 6. Mai d. J. von Stapel laufen.

— Sr. Majestät Schiff „Gazelle" tritt, behufs Theilnahme an den im Monat Juni c. stattfindenden jährlichen Geschwader-Uebungen, die Rückkehr in die heimischen Gewässer an.

— Vom Abg. Lasker ist wieder der Antrag gestellt, der Landtag wolle seine Zustimmung ertheilen einem Gesetzentwurf zur Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes auch für Darlehne, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum bestellt ist. Unterzeichnet ist der Antrag sonst noch von den Abgg. Twesten, Dr. Lüning, Krieger (Berlin), v. Hennig, Jung, Techow, Hinrichs, Reichenheim, v. Unruh, Lautz, Michaelis, Roepell, Borsche, Rautenstrauch, Dr. Simson, Kanngießer, Lent, v. Baerst, Dr. Lette, Stavenhagen.

— Der „St.-A." enthält den Plan zur 136. Königl. preußischen Klassen-Lotterie, bestehend aus 95,000 Loosen zu 52 Thlr. Courant Einsatz mit 43,000 in 4 Klassen vertheilten Gewinnen und 15,000 Freiloosen. Mit der Ziehung der ersten Klasse dieser Lotterie wird am 3. Juli d. J. der Anfang gemacht werden.

— In Betreff der Entlassungen zur Reserve pro 1867, der Berechnung des Rekruten-Bedarfs pro 1867—68 und der Einstellung der Rekruten pro 1867—68 ist Folgendes bestimmt worden: Die Entlassung der Reserven pro 1867 findet bei sämmtlichen Truppentheilen, mit Ausnahme des Trains, am 31. Juli d. J. statt. Zu dem gleichen Termine sind bei der Infanterie, den Jägern, den Pionieren und bei der Artillerie so viele Mannschaften zur Disposition zu beurlauben, als erforderlich ist, um die nachstehend bezeichnete Zahl von Rekruten einstellen zu können. Die Beurlaubung von Oekonomie-Handwerkern zur Disposition der Truppentheile erfolgt erst Ende September d. J. In der Zeit zwischen dem 1. und 5. November dieses Jahres sollen, und zwar nach Maßgabe des bei der Liquidation für die Truppentheile zu berechnenden Bedarfs, Rekruten eingestellt werden: a) bei jedem Bataillon der älteren Garde-Infanterie-Regimenter mindestens 200 und höchstens 225; b) bei jedem Bataillon der jüngeren Garde-Infanterie-Regimenter, dem Garde-Schützen-Bataillon, sowie bei jedem Bataillon der Linien-Infanterie-Regimenter und bei jedem Linien-Jäger-Bataillon 180 bis 200; c) bei dem Garde-Jäger-Bataillon eine durch die Inspektion der Jäger und Schützen speziell festzustellende Zahl; d) bei jedem Kavallerie-Regiment 175 bis 220 Rekruten; e) bei jeder Fuß-Batterie 34 bis 38, bei jeder reitenden Batterie 28 bis 30 und bei jeder Festungs-Kompagnie 30 bis 34; f) bei jedem Pionier-Bataillon 170 bis 190; g) bei jedem Train-Bataillon eine durch die Train-Inspektion zu bezeichnende Zahl von Mannschaften zu dreijähriger Dienstzeit, sowie im Herbst dieses und im Frühjahr des nächsten Jahres (Ende April resp. Anfang Mai) je 88 Mann zu halbjähriger Ausbildung. In die Landwehr-Stämme werden Rekruten nicht eingestellt.

— Auch die letzten beiden, des Mordes an Corny Verdächtigen sind jetzt, nachdem sich der Verdacht als unbegründet erwiesen, der Haft entlassen.

— Die Pferde-Ankäufe für Frankreich haben noch nicht aufgehört; wir hören aus Litthauen, daß daselbst für französische Rechnung noch Pferde angekauft und zum Theil nach Leipzig, zum Theil nach Köln dirigirt werden. In den letzten Tagen wurden allein in den ländlichen Distrikten 1000 Pferde, welche nach auswärts gehen, gezählt. Bei den guten Preisen, welche gezahlt werden, haben die Besitzer selbst Pferde verkauft, welche sonst zur Zucht gebraucht werden. Ueberhaupt wird die Provinz von zahlreichen Pferdehändlern bereist, welche den Auftrag haben, die Pferde für ein Haus in Leipzig anzukaufen, welches die Lieferungen für Frankreich übernommen hat. Durch Cleve kam dieser Tage ein Transport von Pferden, die in Holland angekauft waren und nach Frankreich gingen.

Berlin, 1. Mai. (Haus der Abgeordneten.) 3. Sitzung. Bevor wir den weiteren Verlauf der Debatte mittheilen, möge erst der Wortlaut der Allerhöchsten Ermächtigung sowie der Gesetz-Entwurf vorauf gehen. Die Allerhöchste Ermächtigung lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., ertheilen hierdurch dem Staats-Ministerium die Ermächtigung, die beiliegende „Verfassung des norddeutschen Bundes" den beiden Häusern des Landtages der Monarchie zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Gegeben Berlin, den 30. April 1867.

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frhr. v. d. Heydt. v. Roon.
Gr. v. Itzenplitz. v. Mühler. Gr. zur Lippe. v. Selchow.
Gr. zu Eulenburg."

Der Gesetz-Entwurf selbst lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die Verfassung des norddeutschen Bundes von den verbündeten Fürsten und freien Städten mit dem Reichstage vereinbart worden ist und die Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie erhalten hat, verkünden Wir nachstehend die gedachte Verfassung und bestimmen zugleich, daß dieselbe im ganzen Umfange der Monarchie, einschließlich des Jahdegiets und der durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezbr. 1866 mit derselben vereinigten Landestheile am . .ten .... 1867 in Kraft treten soll."

(Schluß der Debatte.) Abg. v. Hennig: Jedermann kann aus der Publikation der Reichsferfassung ersehen, welche Abänderungen der preußischen Verfassuug dadurch nöthig werden. Art. 118 der preußischen Verfassung lautet: „Sollten durch die für den den deutschen Bundesstaat auf Grund des Entwurfs vom 26. Mai 1849 festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassung nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen." Zweifellos wird auch jetzt nach derselben Analogie zu verfahren sein. Wenn wir jetzt schon Abänderungen treffen wollten, so entsteht die Gefahr, daß wir die Verfassung ändern, ohne die Sicherheit zu haben, daß sie auch wirklich in Kraft tritt. Dieser Grund für die Kommission fällt also weg. Man erinnert uns an den Eid auf die Verfassung; ich bin des Eides auf die Verfassung eben so eingedenk, wie Sie, aber ich kenne auch den Art. 107, wonach die Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden kann. Wenn erinnert wird an das große Mißtrauen im Volke gegen die Verfassung, so bin ich der Ansicht: Sie mögen einen Weg betreten, welchen Sie wollen, das Mißtrauen wird so lange da sein, bis die Verfassung in Blut und Leben getreten ist, bis sie überall verstanden wird, was jetzt nicht der Fall ist. Eine Kommission kann hierzu nichts helfen. — Abg. Jung: Daß die einfachsten und klarsten Bestimmungen zu Interpretationen führen können, die Konflikte herbeiführen, haben wir ja erlebt; man muß sich dabei auf den guten Willen der Regierung verlassen, und es hilft keine besondere Vorsichtsmaßregel. Uebrigens standen die Reichstags-Verhandlungen durchaus im Zusammenhange mit der preußischen Verfassung; der Reichstag hatte dieselbe immer im Auge, zumal 5/6 seiner Mitglieder Preußen waren. Wir haben unsere Kommissionsberathungen im Reichstage gehabt, dessen Verhandlungen ganz Deutschland mit dem gespanntesten Interesse gefolgt ist. Die preußischen Abgeordneten haben dort entweder selbst gesessen, oder sie haben sich in anderer Weise instruirt; es wäre wenigstens ihre Pflicht gewesen, auf dem Papiere den Verhandlungen zu folgen. Die Kommissionsberathungen sind auf jeden Fall überflüssig; die Erfahrungen des Herbstes im Abgeordnetenhause und der letzte Reichstag haben uns bewiesen, daß die Kommissionen sehr zweckmäßig durch die Vorberathung ersetzt werden. Es könnte also nur noch die Frage sein: ob Vorberathung, ob Schlußberathung. Nun frage ich: Welchen Eindruck würde es wohl in Deutschland machen, wenn der preußische Landtag nochmals in die Vorberathung treten wollte über diese Verfassung, die eben aus der Vorberathung des Reichstages hervorgegangen ist? Das wäre ja die Gründlichkeit bis zum Burlesken getrieben. Wessen Ansicht jetzt noch nicht gereift ist, auf den kann das deutsche Volk nicht mehr rücksichtigen. (Beifall.) — Abg. Dr. Michelis (Allenstein): Es sei ein Unrecht gegen das Rechtsbewußtsein des Volkes, eine so wichtige Sache übers Knie zu brechen. Er sei bereits klar über sein negatives Votum.

Abg. Dr. Waldeck: Die Schlußberathung ist die für die Verhandhandlung kleiner, einfacher Sachen. Wer das aber behaupten will, daß eine solche Verfassung, wie sie in der Welt noch nie existirt hat, etwas so Einfaches ist, den bedauere ich, oder beneide ihn vielmehr um seine große Geistes-Kapazität in solchen Anschauungen. — Ich bin vollständig damit einverstanden, daß die Kompetenz der preußischen Verfassung beschränkt werden müsse zu Gunsten einer konstitutionellen Bundesstaatsverfassung. Eine solche giebt es aber nicht; die Bundesverfassung ist vielmehr ein beispiellos unvollkommenes Werk. — Dem Lobe, welches man den Erfolgen der Vorberathung zollt, kann ich nicht beistimmen; jeder weiß, in welcher Weise man mit den Amendements umging; Niemand war schließlich mit der Sache einverstanden, und man nahm etwas an, um überhaupt etwas zu Stande gebracht zu haben. Wohlweislich hat sich das preußische Abgeordnetenhaus die definitive Entscheidung vorbehalten. Das preußische Volk will von Neuem prüfen, ob es eine Verfassung will, die sein Budgetrecht mit Füßen tritt; es will jedenfalls wissen, wie weit dadurch seine Verfassung gefährdet wird. Und dies kann nur genau festgestellt werden durch eine Kommission.

Abg. Lasker: Auch ich würde es, wie der Abg. Virchow, für den korrekten Weg halten, wenn gleichzeitig ein Gesetz vorgelegt würde, das die Abänderungen der preußischen Verfassung enthält; ich würde deshalb auch ein solches Gesetz, wenn es eingebracht würde, unterstützen. Aber dies hat nichts zu thun mit der geschäftlichen Behandlung, von der jetzt die Rede ist. Die Verminderung der Volksrechte findet übrigens nicht in dem Maße statt, wie es die Gegner der Verfassung sagen. Der Kommissionsbericht wird uns durch die Verhandlungen des Reichstages ersetzt, wo alle Standpunkte zur Geltung gekommen sind. Ich bin deshalb für Schlußberathung. (Beifall rechts.) — Abg. Duncker: Die Behauptung muß ich zurückweisen, daß der Reichstag eine Kommission des preußischen Aegeordnetenhauses gewesen sei. Es ist im Reichstag noch sehr Vieles unklar geblieben; die Frage der Ministerverantwortlichkeit, der Verwaltung, der Bundesfinanzen. Und dies sind gerade Fragen, die zur Kompetenz des preußischen Landtages gehören. Es muß genau festgestellt werden, wie weit die preußische Verfassung abgeändert ist. Sonst giebt die Zukunft wieder den allerschlimmsten Interpretationen Raum. Ich will es dem Geschmack des Abg. Jung überlassen, ob er mit verbundenen Augen in die Knechtschaft rennen will; ich meinerseits habe keine Lust dazu, und werde mein Votum erst nach gründlicher Prüfung abgeben. (Beifall links.) — Abg. Reichensperger ist, wie alle Redner, welche der Journalistentribüne den Rücken zudrehen, sehr schwer verständlich. Er scheint für die Schlußberathung zu sprechen. — Abg. Graf Schwerin: Ich habe andere Ansichten von der Meinung des preußischen Volkes, als der Abg. Waldeck; so schlimm, wie der Abg. Duncker die Bundesverfassung darstellt, ist sie doch wohl nicht. — Ich bin mir im norddeutschen Reichstage immer gewußt gewesen, daß ich preußischer Abgeordneter war, ebenso, wie ich mir bewußt bin, daß ich ein Deutscher bin und die deutschen Interessen mit zu wahren habe. — Der Abg. Michelis hat sich gegen den Ruf gewandt, den er vernommen hat: „Bleibt uns mit dem Eide vom Leibe!" Ich muß gestehen, daß dieser halblaute Ruf von mir herrührte und will eine Aufklärung dazu geben. Man hält uns immer als Schreckbild den Verfassungseid vor, obwohl die Herrn sehr gut wissen, daß uns der Eid ebenso heilig ist, wie ihnen; obwohl sie sehr gut wissen, daß eine verfassungsmäßige Aenderung der Verfassung nicht nur zulässig, sondern oft geboten ist. Wenn man trotzdem immer darauf zurückkommt, uns ein Schreckbild vorzuhalten, womit man etwa Kinder ängstigen kann, so scheint es mir, daß die Herren selbst nicht klar sind, was ein auf die Verfassung geleisteter Eid zu bedeuten hat. Auch im Reichstage sprachen sie immer, wenn andere Argumente fehlten, vom preußischen Verfassungseid. Wenn man das immerzu hört, so ist es wohl gerechtfertigt, es einmal gründlich zurückzuweisen.

Abg. Jung: Um Erklärungen der Minister zu extrahiren, dazu brauchen wir keine Kommission. — Ministererklärungen können übrigens über dunkle Verfassungsstellen nicht hinweghelfen. Ein kommendes Ministerium desavouirt sie, wie uns das in den Jahren des Konflikts passirt ist. — Dem Abg. Duncker erwiedere ich, daß ich meine Augen offen halte, um mich nicht durch populär aufgeputzte Popanze und Windmühlen vom rechten Wege ablenken zu lassen. Auch suche ich mich vor jener eigenthümlichen Krankheit der Augen zu bewahren, die Alles in 100facher Vergrößerung und Schreckgestalt erscheinen läßt. Ich habe offene Augen, um zu sehen, daß wir durch die Ereignisse und die Schöpfung des norddeutschen Bundes endlich aus jener Misere herauskommen, die Deutschland zwang, im europäischen Concert immer fremdes Gesetz zu erdulden, die es endlich ermächtigt, darin mit die Initiative zu ergreifen. Auch habe ich offene Augen dafür, daß unser alter Kampf für Durchführung des modernen Bürgerstaates gegenüber dem Polizei- und Feudalstaate in der Volksvertretung eines die Geschicke Europas wesentlich mitbestimmenden mächtigen Staates mit ganz anderer Kraft geführt werden kann. — Die Debatte wird geschlossen. — Abg. v. Hennig bemerkt persönlich, daß es ihm nicht eingefallen sei, den Art. 118 der preußischen Verfassung in Anwendung auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse zu bringen; er habe blos zeigen wollen, daß solche Verfassungs-Aenderungen erst nachträglich vorgenommen werden können. — Darauf wird abgestimmt; der Antrag Hoverbeck auf Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt; dafür ca. 60 Stimmen (die Fortschrittspartei, die Polen und ein Theil der katholischen Fraktion und des linken Centrums). Der Vorschlag des Präsidenten auf Schlußberathung ward dagegen angenommen. — Der Präsident ernennt den Abg. Twesten zum Referenten. — Es folgen darauf Wahlprüfungen unter großer Unruhe des Hauses, so daß auf der Journalistentribüne auch nicht ein Wort zu verstehen ist. — Der Präsident schließt darauf die Sitzung mit der Bemerkung, daß die nächste Sitzung angesetzt werden würde, so wie die Anträge des Referenten gedruckt und 3 Tage in den Händen der Mitglieder sein würden.

Hannover, 30. April. (N. Pr. Z.) Die Reichstags-Abgeordneten der Provinz Hannover haben bekanntlich eine Adresse an das Staatsministerium gerichtet, in welcher gebeten wird, bei den bevorstehenden Aenderungen in der Verwaltung Hannovers Vertrauensmänner gutachtlich hören zu wollen. Wenn auch, wie ich höre und wie wohl anzunehmen war, jetzt diesem Wunsche nicht mehr Rechnung getragen werden dürfte und so die Adresse ihren eigentlichen Zweck nicht erreicht, so bietet dieselbe doch einige wichtige Anhaltspunkte, welche zu der Annahme berechtigen, daß auch die Partikularisten sich in die Verhältnisse zu finden bereit sind. Die in diesem Gesuch enthaltene Erklärung, daß die Berufung von Vertrauensmännern das wirksamste Mittel gegen die auf Beseitigung der bestehenden Zustände gerichteten Agitationen sei, ist von den Herren v. Münchhausen, v. Windthorst, Erxleben, Zachariä, von Rössing, Frhrn. v. Hammerstein, selbst von Dr. Eichholz unterschrieben; es scheint dies doch ein Beweis dafür, daß auch jene Herren sich der Ueberzeugung hingegeben haben, daß genug des Protestirens sei und daß man seiner Heimath und sich selbst am besten diene, wenn man mit Vertrauen in die neuen Verhältnisse eintrete. Dieser Auffassung scheinen denn auch die Mitglieder der Hannoverschen Ritterschaft sich immer mehr zuzuneigen; ein von einem adligen Mitgliede der Ritterschaft verfaßter und im „Hann. Courier" veröffentlichter Artikel deutet etwas Aehnliches an, indem darin gesagt wird, daß Seitens des Gouvernements offenbar von den Ritterschaften eine entgegenkommende Initiative erwartet werde, um gegenüber der Erklärung vom 7. November v. J. überhaupt in der Lage zu sein, die Ritterschaften im Staatsorganismus entsprechend placiren zu können. Der Verfasser jenes Artikels tadelt alsdann die von einigen Ritterschaftsmitgliedern in einer Versammlung abgegebene Erklärung, daß man von dieser Seite jede Initiative für inopportun halten müsse, bevor nicht eine Auseinandersetzung über das Privatvermögen König Georgs mit dem Gouvernement erzielt sei. Dies sei keine loyale Auffassung der ritterschaftlichen Stellung und könne nur zum Nachtheil des Königs Georg und des Landes gereichen. Die Angelegenheit wegen der Regulirung des Privatvermögens König Georgs entbehre des inneren Zusammenhanges mit der Frage wegen der Stellung der Ritterschaften. Es mag dies als ein erfreuliches Zeugniß des sich vollziehenden Umschwungs angesehen werden können, wenngleich anderweitige Nachrichten, welche von Unterhandlungen französischer Agenten mit hannoverschen Aristokraten sprechen, eben so betrübend sind. Und doch dürften diese Angaben zum Theil richtig sein, wenn auch übertrieben. Die Agitationen lassen nicht nach, wenn sie sich auch nur noch sporadisch zeigen und wenn sie auch nur von Personen ausgehen, deren Unbedeutendheit und Unschädlichkeit klar zu Tage liegt; denn man kann dem Treiben des bereits von der hannoverschen Regierung aus dem Staatsdienste entlassenen Amtsassessors Ullrichs in Burgdorf keinen hohen Werth beilegen. Die Hauptursache seiner Verhaftung bez. Internirung in Minden ist die, daß er beurlaubte Militärs und Ersatzpflichtige zum Ungehorsam zu verleiten gesucht hat.

Hannover, 30. April. Aus dem Dorfe Adensen, Amt Calenberg, im hiesigen Landdrostei-Bezirke, ist, der „N. Hamb. Z." zufolge, die Anzeige hierher gelangt, daß seit längerer Zeit der sonntägliche Gottesdienst durch Lärmen in mehr oder minder heftiger Art gestört wird. Von diesem unwürdigen Gebahren, dem politische Motive zu Grunde zu liegen scheinen, hat ein Theil der Einwohner, trotz der Bemühungen des Geistlichen und der ordnungsliebenden Gemeindemitglieder, nicht abgelassen, vielmehr haben die Unterbrechungen des Gottesdienstes an einem der Ostertage einen fast tumultuarischen Charakter angenommen. Um die Wiederholung derartiger sträflicher Vorgänge für die Zukunft zu verhüten, ist heute ein Kommando des 3. Garde-Regiments nach Adensen verlegt worden, dessen Verpflegung bis auf Weiteres der Gemeinde zur Last fällt. Zugleich wird eine Untersuchung eingeleitet werden, um die Schuldigen zu ermitteln und zur Strafe zu ziehen.

Coblenz, 29. April. Seit einigen Tagen macht sich eine bedeutende Thätigkeit an den Erweiterungsbauten unserer Befestigungen bemerkbar. Trotz der großen Anzahl von Arbeitern, welche seit 2 Jahren daran beschäftigt sind, hat man jetzt eine Anzahl Militärs zugezogen, um die allerdings großartigen Neubauten in kurzer Zeit fertig zu stellen. — Für die vorläufige Verproviantirung der Festungen Mainz, Coblenz, Luxemburg und Köln soll der Lieferant Katzenstein aus Bielefeld einen Auftrag im Betrage von 300,000 Thlr. abgeschlossen haben.

Düsseldorf, 30. April. Die Abreise des Grafen und der Gräfin Flandern nach Belgien erfolgte diesen Morgen geg.

10 Uhr. Das neue Ehepaar, begleitet von dem Vater der jungen Frau, Fürsten Hohenzollern, fuhr im offenen Vierspänner durch die geflaggten Straßen, Jägerhof-, Elberfelder-, Bolker- und Zollstraße zum Rhein, von wo aus Hochdasselbe von dem hiesigen St. Sebastians-Schützen-Verein und einer Schaar festlich gekleideter Kinder über die festlich geflaggte Rheinbrücke zum Bahnhof der rheinischen Eisenbahn geleitet wurde. Auch die im Rhein liegenden Schiffe hatten geflaggt, und besonders glänzte der Marktplatz, welchen der Zug passirte, mit dem Rathhaus und der Reiterstatue des Herzogs Wilhelm, letztere von grünen Laubguirlanden umgeben, im Schmuck der Fahnen und Flaggen.

Darmstadt, 29. April. Heute wurde die zweite Kammer wieder eröffnet. Der Kammer wurde die Militär-Konvention mit Preußen zur Genehmigung vorgelegt. Daran schlossen die Abg. Goldmann und Hallwachs (Regierungspartei) einen Antrag auf Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund. Sie führten als Gründe an die Zwitterstellung, welche die dies- und jenseit des Mains liegenden Provinzen durch den theilweisen Eintritt des Großherzogthums in den Nordbund einnähmen. Die Militär-Konvention sei schon ein theilweiser Eintritt; die drohenden Kriegsaussichten drängten zur raschen gänzlichen Einigung Gesammtdeutschlands. Die Regierung möge also mit den übrigen süddeutschen Regierungen den Eintritt von ganz Süddeutschland in den Nordbund bewirken, eventuell wenigstens für die südhessischen Provinzen. Es ist das derselbe Antrag, der im Januar von zwei Mitgliedern der Fortschrittspartei, Abgg. George und Bamberger, gestellt war. Im Zusammenhange hiermit beantragte Abg. Dernburg, die Telegraphen in den südhessischen Provinzen in gleicher Weise wie in Oberhessen an Preußen abzutreten.

Ausland.

Wien, 29. April. Unsere nichtoffiziellen politisirenden Kreise waren während der letzten Tage nicht wenig intriguirt durch einige Unterredungen, welche Herr von Beust mit dem aus Paris zurückgekehrten Herzog von Grammont gehabt und durch die Ankunft des Hrn. von Forth-Rouen, des französischen Gesandten in Dresden. Daß unser Minister des Auswärtigen mit dem französischen Botschafter, nachdem der Letztere mehrere Tage abwesend war, mancherlei zu besprechen hatte, wurde ebenfalls noch begreiflich gefunden; aber hinter Hrn. v. Forth mußte auf jeden Fall eine wichtige politische Mission stecken, und nicht einmal die Erwägung, daß von Paris aus, obendrein über Dresden, doch unmöglich ein Diplomat mit speziellen Anträgen hierher geschickt werden könne in dem Augenblicke, in dem Herr von Grammont, über die Intentionen seiner Regierung bestens informirt, auf seinen hiesigen Posten zurückkehrte, vermochte die politischen Geisterseher zu beschwichtigen. Die Gerüchte über die Zwecke der Anwesenheit des Hrn. v. Forth wurden endlich so toll und zahlreich, daß denselben ein offiziöser Riegel vorgeschoben werden mußte und die „Debatte" erhielt den Auftrag, dem Publikum zu erklären, der genannte Diplomat sei nicht in offizieller Eigenschaft, sondern als langjähriger intimer Freund unseres Ministerpräsidenten hier zu Besuch, und verfolge nicht die geringsten politischen Zwecke. Diese Eröffnung wurde im Publikum für recht hübsch und sogar für ziemlich glaubwürdig befunden, aber ganz ist damit noch nicht die Voraussetzung beseitigt, daß Herr von Forth schließlich doch nur deshalb hierher gekommen sei, um auf unseren Herrn Premierminister in französischem Sinne einzuwirken.

Prag, 29. April. Dem czechischen Blatte „Narodni Listy" wnrde heute der Befehl zur Suspension zugestellt; für das Blatt erscheint als Ersatz „Narodni Noviny". Die Aufregung auf dem Lande in Folge der czechischen Hetzartikel ist groß.

Paris, 29. April. Die friedliche Stimmung greift immer mehr Platz. Die Blätter, die den leitenden Kreisen näher stehen, tragen zu dieser Erscheinung wesentlich bei. Einerseits desavouirt der „Constitutionnel" einen Artikel der „Corresp. Havas", der dazu bestimmt zu sein schien, den Kriegseifer zu entflammen, und andererseits erwartet man für morgen eine noch deutlichere Kundgebung, nämlich die Mittheilung im „Moniteur," daß alle Kriegsvorbereitungen unverzüglich eingestellt werden sollen. Selbstbegreiflich versuchen noch einige Journale, die in letzter Zeit dem Chauvinismus Alles zu Liebe thaten, Besorgnisse wach zu halten, aber es erscheint fast komisch, mit welchen Behauptungen sie zu diesem Zwecke auftreten. Man ergeht sich in allen möglichen Zweifeln über ein günstiges Resultat der bevorstehenden Londoner Konferenzen, und man versichert, daß die Rüstungen trotz aller gegentheiligen Nachrichten nur noch eifriger betrieben würden, ja daß sogar sämmtliche Pferde und das ganze Material der italienischen Kavallerie angekauft werden sollten, und daß die Regierung Viktor Emanuel's überdies nicht, wie man früher behauptete, nur 100,000, sondern 150,000 Mann dem Kaiser für Eventualitäten zur Verfügung gestellt habe. Außerdem sei einem spanischen Industriellen eine hohe Prämie zugesichert, wenn er binnen einer sehr kurzen Frist 35,000 Chassepot-Gewehre liefere. Derartige Allarm-Nachrichten verfangen aber im Publikum nicht mehr, und wenn man auch vollständig von den Schwierigkeiten überzeugt ist, die bei den bevorstehenden Konferenzen zu überwinden sein werden, so vertraut man doch der so laut bethätigten Versöhnlichkeit der beiden Kabinette von Berlin und Paris, und man steht einem für beide Theile ehrenvollen friedlichen Ausgang des Konflikts entgegen. Aus ziemlich verbürgter Quelle erfahre ich auch, daß alle Regierungen, die an den Londoner Konferenzen Theil nehmen werden, entschlossen seien, die Berathungrn so schnell als möglich zu Ende zu führen. Die ebenfalls laut werdende Ansicht jedoch, daß das Werk bis zum 18. oder 20. k. M. erledigt sein würde, dürfte etwas gewagt sein, da noch nicht einmal über den Tag der Eröffnung der Konferenzen etwas festzustehen scheint.

Paris, 29. April. Prinz Napoleon ist nach Paris zurückberufen und wird übermorgen hier eintreffen.

London, 29. April. Die Nordost-Eisenbahn, der es nach großen Anstrengungen möglich geworden, das Feiern ihrer Lokomotivführer und Heizer zu bewältigen und die sämmtlichen fehlenden Arbeiter anderweitig zu ergänzen, hatte in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ein neues Eisenbahn-Unglück, seit der Arbeitseinstellung schon das zweite, zu beklagen. Ein sehr besetzter Personenzug passirte auf der Strecke Newcastle-Tynemouth einen Güterzug, der ein nach London zu beförderndes Rettungsboot trug. Ob dasselbe nicht in hinreichender Weise befestigt, oder überhaupt unvorsichtig verpackt war, darüber ist bis jetzt nichts bekannt. Jedenfalls muß aber etwas derartiges vorliegen, denn das Boot stieß in einen der Waggons dritter Klasse hinein, zerschmetterte die Wand desselben, und eine Frau so wie ein 12jähriges Mädchen erlitten lebensgefährliche Schädelverletzungen. Für die Eisenbahn-Gesellschaft ist ein derartiges Ereigniß um so schädlicher, als das Publikum ohnehin einen Wechsel des ganzen erfahrenen Arbeiter-Personals als nicht besonders zuträglich für die Sicherheit der Passagiere hält.

Aus **Spanien** berichtet man, daß die Gegner des Kabinets Narvaez bei der Königin einen Versuch zum Sturze desselben unternommen haben, daß dies Vorhaben aber nicht geglückt ist. Dagegen soll der Austritt des Finanzministers Herrn Barzanallana aus dem Miuisterium bevorstehen, weil seine Kollegen sich mit der, von ihm vorgeschlagenen Einführung einiger neuen Steuern nicht einverstanden erklären.

In **Siam** ist gegen Ende Februar die Verbrennung der Leiche des zu jener Zeit verstorbenen zweiten Königs mit ungeheurem Aufwande vor sich gegangen. Die Trauerfeierlichkeiten dauerten nicht weniger als fünfzehn Tage und die Kosten, welche sie verursacht, werden auf mehrere Millionen Francs veranschlagt.

Pommern.

Stettin, 2. Mai. Der heutigen ordentlichen General-Versammlung der Aktionaire der See- und Flußversicherungs-Gesellschaft „Union" ging eine außerordentliche Generalversammlung zum Zwecke einiger Statutenänderungen vorauf. Letztere involviren hauptsächlich: 1) eine Ermäßigung der dem Reservefonds zu überweisenden Rate auf durchweg 10 % des Reingewinnes, sobald und so lange der Reservefonds die Summe von 70,000 Thlr. erreicht resp. übersteigt. (Derselbe betrug am 1. Januar c. bereits 78,055 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.) 2) Abhaltung der General-Versammlung schon im Monat April jeden Jahres. 3) Zahlung der Dividende auch schon unmittelbar nach der General-Versammlung. 4) Ausstellung neuer Dividendenscheine auf nur 5 Jahre und Erlöschen ihrer Gültigkeit nach Ablauf von 4 Jahren vom Fälligkeitstermine (1. Juni). Diese Aenderungsvorschläge wurden einstimmig genehmigt, der Verwaltungsrath und die Direktion auch ermächtigt, dieselben mit der Staats-Regierung zu vereinbaren und demnächst rechtsverbindlich zu vollziehen. — In der ordentlichen General-Versammlung gab der Vorsitzende des Verwaltungs-Raths, Herr Stahlberg, auf Grund des gedruckten (von uns bereits in No. 173 d. Bl. mitgetheilten) Verwaltungsberichts eine vergleichende Darstellung mit den Resultaten des Jahres 1865. Darnach sind sich die Einnahmen in der Seeversicherungsbranche nahezu gleich geblieben, wogegen die Ausgaben pro 1866 um circa 19,000 Thlr. höher sind. In der Flußversicherungsbranche waren die Einnahmen pro 1865 circa 600 Thlr., die Ausgaben circa 7000 Thlr. höher, wogegen pro 1866 circa 4000 Thlr. Gewinn erzielt sind. Die Dividende pro 1866 beträgt $10\frac{1}{3}$ pCt. des baaren Einschusses. Der Durchschnittsgewinn der letzten 10 Jahre beträgt $12\frac{2}{3}$, die Durchschnittsdividende $7\frac{13}{30}$ pCt., die Differenz wurde dem Reservefonds überwiesen. Schließlich wurden nach ertheilter Decharche der Rechnung pro 1866 mit Akklamation einstimmig: Herr General-Konsul Gribel als Mitglied des Verwaltungs-Rathes, die Herren Spiller, Bettenstädt und Allendorff als Rechnungs-Revisoren wieder gewählt.

— Als gestern Mittag ein Handlungs-Kommis das unverschlossene Zimmer seines in der Speicherstraße wohnenden Freundes, des Buchhalters N., betrat, fand er dort einen unbekannten, wie einen Schlosser aussehenden Menschen, der nach einem Schreiber Schultz fragte und fortging, nachdem er die Antwort erhalten, daß ein solcher dort nicht wohne. Kurz nachher erschien N. und vermißte nun aus dem Zimmer eine elegante Cigarrentasche, sowie eine werthvolle Cigarrenspitze, welche Gegenstände der Unbekannte jedenfalls gestohlen hat.

— Bei der wegen Wäschediebstahls bereits in Untersuchung befindlichen unverehelichten B. wurden gestern verschiedene Gegenstände in Beschlag genommen, die sie einem Fräulein entwendet, bei der sie Aufwartedienste verrichtet hatte.

— Durch Allerhöchste Ordre vom 13. September v. J. ist dem „Milit.-Wochenbl." zufolge bestimmt worden, daß 1. fortan auf die Heranziehung der gesammten Feld-Artillerie zu den Herbstübungen der Divisionen, insoweit dieselbe ohne Inkonvenienzen ausführbar ist, Bedacht genommen werden soll; 2. die höheren Offiziere der Artillerie in demselben Verhältniß, wie die Offiziere der anderen Waffen, zur selbstständigen Führung gemischter Truppen-Abtheilungen bei Gelegenheit der im Laufe des Sommers alljährlich bei den größeren Garnisonen abzuhaltenden Uebungen mit gemischten Waffen, so wie bei den Herbst-Uebungen heranzuziehen sind.

— Ein hiesiger Kaufmann verlor gestern in der Breitenstraße zwei Aktien der See- und Flußversicherungs-Gesellschaft „Pomerania", welche von einem kleinen Knaben gefunden wurden. Den Fund bemerkte ein Einwohner von Torney und es gelang diesem, dem Knaben die Aktien abzunehmen und sich damit zu entfernen. Die Persönlichkeit des Mannes ist später festgestellt, indessen bestreitet er die Fortnahme und den Besitz jener Papiere. Der unrechtmäßige Inhaber wird aus dem Besitz der Aktien übrigens keinen Vortheil erlangen, da sofort Schritte gethan sind, um die Ungültigkeitserklärung derselben herbeizuführen.

Vermischtes.

— (Mittel, störrische Pferde zu bändigen.) Das „Kelso Chronicle" bringt folgende Notiz, welche weiter bekannt zu werden verdient. Vor einiger Zeit ritt ein Reitknecht auf einem überaus feurigen und muthigen Jagdpferde, und als er in die High Street von Coldstream passirte, fing das Thier plötzlich in erschrecklicher Weise zu bäumen und zu steigen an, wobei es erst nach rechts und dann nach links hinlenkte, aber entschieden vorwärts zu gehen widerstrebte. Alle Mittel und Bemühungen des Reitknechts, das Pferd zu bändigen, scheiterten dabei an der Widerspenstigkeit des Thieres. Die Straße füllte sich indessen mit Publikum, welches nichts Anderes gewärtigte, als daß sich das Pferd an den Spitzen von den Stangen eines in der Nähe befindlichen Eisengitters aufspießen und so zu Grunde gehen würde. Da trat auf einmal aus der Zuschauermenge ein Mr. Mac Dougal, ein Sattler, hervor, ging an den Groom heran und sagte zu ihm: „Ich denke, guter Freund, Ihr befolgt nicht die beste Methode, um das Thier zum Vorwärtsgehen zu bringen. Erlaubt mir, wenn es Euch recht ist, daß ich Euch ein Mittel zeige, das wohl der Mühe werth ist, daß man es wisse." — „Ist mir ganz recht, erwiderte darauf der Reitknecht; „wenn Ihr im Stande seid, das Pferd zum Gehen zu zu bringen, so versteht ihr mehr, als ich verstehe." Und siehe da, Mr. Mac Dougal nahm ein Stückchen von einer Peitschenschnur und band es mit einem festen Knoten mit dem einen Ende an das Ohr des Thieres an, welches er sanft herabgebogen hatte, und befestigte das andere Ende von der Schnur auf die Zugschnalle des Pferdezügels (check buckle of the bridle), und nachdem er damit fertig war, streichelte er das Pferd ein paarmal ermunternd am Halse und rief ihm zu: „Jetzt laß mich nun einmal sehen, daß du ruhig nach Hause gehst, wie ein gutes Pferd." Und es ist erstaunlich zu sagen, das Pferd ging alsbald ganz ruhig und lammfromm vorwärts, als ob nichts vorgefallen wäre. Mr. Mac Dougal erzählte dabei den höchst überraschten Umstehenden, daß er in London sehr oft Pferde gesehen hätte, welche kein Mittel der Gewalt zum Gehen gebracht haben würde, die aber blos durch diese freundliche Behandlung immer und mit sofortigem Erfolge besänftigt wurden.

Neueste Nachrichten.

Elberfeld, 1. Mai, Nachmittags. Zuverlässigem Vernehmen nach hat die Deputation der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft über die Nordbahn-Angelegenheit noch keinen Beschluß gefaßt; ein solcher steht vielmehr erst in nächster Sitzung bevor.

Dresden, 1. Mai, Nachmittags. Das heutige „Dresdener Journal" dementirt die Nachricht von einer angeblich bevorstehenden Kreditoperation in Sachsen, indem es hinzufügt, die erforderlichen Kassenbestände seien vorhanden und keine neue Anleihe nöthig. — Außerdem bestätigt das Journal die Mittheilung, daß Sachsen, mit Ausnahme der Städte Leipzig, Bautzen, sowie der Festung Königstein, bis zum 1. Juut von den preußischen Truppen geräumt sein wird.

München, 1. Mai, Nachmittags. Bei der heutigen Ziehung der Baierischen Prämien-Anleihe fiel der Hauptgewinn von 175,000 Gulden auf Nr. 152816; 1 Gewinn von 28,000 Gulden auf Nr. 68563; 1 Gewinn von 10,500 Gulden auf Nr. 56643; 1 Gewion von 2800 Gulden auf Nr. 56649; 5 Gewinne zu 1400 Gulden fielen auf die Nummern 76280 89061 129 982 153540; 8 Gewinnne zu 700 Gulden auf die Nummern 49813 56606 92508 103135 106928 113661 113674 152807; 53 Gewinne zu 350 Gulden auf die Nummern 34977 34957 122902 127169 16410 92534 126872 16445 89096 49818 131083 56630 63811 106948 31287 31271 152812 145908 126856 153537 41947 153508 92531 27479 122918 153548 122937 129990 152827 14434 127199 94575 49834 41950 14429 81846 41921 89095 76294 52195 34982 31252 31278 94588 131100 89081 127166 49810 145920 129981 89088 126900 34992.

München, 1. Mai, Abends. Sicherem Vernehmen nach ist der Justizminister v. Bombard seines Amtes enthoben und zum Staatsrath im ordentlichen Dienste ernannt worden.

Wien, 1. Mai, Mittags. Bei der heutigen Ziehung der 1860er Loose fielen 300,000 Gulden auf Nr. 2 der Serie 4074, 50,000 Gulden auf Nr. 13 der Serie 12,646, 25,000 Gulden auf Nr. 3 der Serie 13,707, 10,000 Gulden auf Nr. 8 der Serie 11,965 und auf Nr. 11 der Serie 16,651.

Wien, 1. Mai, Nachmittags. „Wiener Abendpost" sagt: Auf Anregung der luxemburgischen Regierung wird die Konferenz am 7. d. in London zusammentreten. Preußen, Rußland und Oesterreich werden durch ihre Botschafter in England, beziehungsweise den Grafen Bernstorff, den Barou Brunnow und den Grafen Apponyi in der Konferenz vertreten sein.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 1. Mai, Vormittags. Angekommene Schiffe: Cito, Schmickel von Rügenwalde. Reuskea, Voogd von Antwerpen. Der Preuße (SD), Heydemann von Königsberg. Ostsee, Kopp von Sunderland; löscht in Swinemünde. Wind: W. Revier $15\frac{1}{12}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 12 ° R. Wind: S.

An der Börse.

Weizen anfangs niedriger, schließt steigend, loco pr. 85pfd. gelber 87—97 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $93\frac{1}{2}$, 95 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $92\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Juni-Juli 92 Rt. bez., $91\frac{3}{4}$ Gd., Juli-August 90 Rt. Br., September-Oktober $82\frac{1}{2}$, 83 Rt. bez. u. Gd.

Roggen anfangs gedrückt, schließt sehr fest, pr. 2000 Pfd. 58, $61\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 59, $60\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni 59, $58\frac{1}{2}$, $59\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli $58\frac{1}{4}$, $59\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juli-August $58\frac{1}{2}$ Br., Septbr.-Oktober $54\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Gerste loco pr. 70pfd. 47—49 Rt. bez., Frühjahr69—70pfd. schles. 49 Rt. Br.

Hafer loco pr. 50pfd. 32—$33\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $33\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Mai-Juni $33\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Erbsen loco 52—57 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 58 Rt. Gd.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{5}{8}$ Rt. Br., Mai $10\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Br., September-Oktober $11\frac{1}{3}$ Rt. Br.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß $16\frac{11}{12}$ Rt. bez., mit Faß $16\frac{7}{8}$ Rt. bez., Frühjahr und Mai-Juni $16\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$ Rt. bez., Juni-Juli $17\frac{1}{8}$ Rt. bez., Juli-August $17\frac{7}{24}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 400 Wspl. Roggen, 800 Ctr. Rüböl, 50,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco behauptet, auf Termine schwächer. Pr. Mai 5400 Pfd. netto 166 Bankothaler Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni 162 Br., 161 Gd. Roggen loco knapp, gut verkäuflich, auf Termine schwächer. Pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 107 Br., 106 Gd., pr. Mai-Juni 106 Br., 105 Gd. Hafer fest. Mecklenburger 86—87. Oel behauptet, pr. Mai $23\frac{5}{8}$, Oktober $25\frac{3}{8}$. Spiritus stille $23\frac{1}{4}$. Kaffee geschäftslos. Zink fest. — Regenwetter.

Amsterdam, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen 5 Fl. höher. Roggen 3 Fl. höher. Raps pr. Mai —, pr. Oktober 70. Rüböl pr. Mai $35\frac{3}{4}$, per Oktober-Dezember 38.